

**NRW-Landesregierung**

## Knapp 290 Millionen Euro für Hitzeschutz

Als Reaktion auf die Hitzewelle in diesem Sommer will die NRW-Landesregierung in den Jahren von 2027 bis 2030 insgesamt 286,6 Millionen Euro Fördermittel bereitstellen, um Menschen in Krankenhäusern und Pflegeheimen besser vor Extremhitze zu schützen. 200 Millionen Euro stehen im Krankenhausbereich zur Verfügung für Umbauten, die zur Klimatisierung, aktiven Kühlung oder Verschattung von Intensivstationen, Kreißsälen, Notaufnahmen, OP-Sälen, Pflegestützpunkten und einzelnen Stationen führen. Im Bereich Pflege sind vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers 50 Millionen Euro für geeignete fest installierte Klimageräte, Kühldecken oder -segel vorgesehen, für mobile Klimageräte als Ausnahme. Mit noch verfügbaren Mitteln aus dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst sollen in den kommunalen Gesundheitsämtern bis zu je zwei Vollzeitkräfte über einen Zeitraum von drei Jahren finanziert werden. Diese neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen dafür sorgen, dass besonders hitzegefährdete Menschen vor Ort



Foto: Phoscar/stock.adobe.com

*Schätzungen des Robert Koch-Instituts gehen allein für Nordrhein-Westfalen aktuell von 3.150 hitzebedingten Sterbefällen in diesem Sommer aus.*

besser erreicht und mit praxisnahen Hilfsangeboten unterstützt werden. Dass viele Krankenhäuser auf extreme Hitzewellen nur unzureichend oder überhaupt nicht vorbereitet sind, geht auch aus einer aktuellen Umfrage des Marburger Bundes unter mehr als 1.000 Klinikärztinnen und -ärzten hervor. *tg*

**Nach der Bundestagswahl**

## Hoffnung auf eine Politik der Mitte

An der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 beteiligten sich über 90 Prozent der Wahlberechtigten. Die Unionsparteien CDU und CSU wurden mit 48,6 Prozent der Stimmen zwar stärkste Kraft, dennoch konnten SPD und FDP ihre sozial-liberale Koalition fortsetzen, wenn auch mit einer sehr knappen Mehrheit im Bundestag. Die Wahl kommentierte Gustav Gessler in der zweiten Oktober-Ausgabe 1976 des *Rheinischen Ärzteblatts* (RÄ). Das Regieren werde in den kommenden vier Jahren nicht einfach werden angesichts einer starken Opposition im Bundestag und einer Stimmenmehrheit von 26 zu 15 zugunsten der CDU/CSU-regierten Länder im Bundesrat. Nach dem hitzigen und von polarisierenden Slogans wie „Freiheit oder Sozialismus“ geprägten Wahlkampf erkannte der Kommentator einen Trend zur politischen Mäßigung. „Ohne große Kombinationsgabe

kann man bei dieser Situation erwarten, daß in vielen Sachbereichen in der nächsten Legislaturperiode eine ‚heimliche große Koalition‘ entstehen wird“. Das Gesundheitswesen, dessen Kostenexplosion noch nicht im Griff sei, werde weiter im politischen Gesetzgebungsfokus bleiben, „und zwar diesmal geprägt von Pragmatikern und Machern“. Die erste Oktober-Ausgabe 1976 des RÄ berichtete über die Einweihung des bundesweit ersten Ärztehauses, das die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Nordrhein errichtet hatte. In Hückelhoven nahmen fünf Fachärzte und ein praktischer Arzt ihre Arbeit unter einem Dach auf. Das Ärztehaus gewährleiste eine „ans Optimale grenzende ambulante ärztliche und fachärztliche Versorgung“. Bei der Planung seien Möglichkeiten der gemeinschaftlichen Raumnutzung und Rationalisierung des Praxisablaufs ausgeschöpft worden. Die KV vermietete die Praxisräume an die Ärzte und räumte ihnen ein Vorkaufsrecht ein. *bre*

**Pharmapolitik**

## Neuausrichtung gefordert

Der Verband forschender Arzneimittelhersteller (vfa) hat eine Neuausrichtung der Arzneimittelpolitik in Deutschland gefordert. Wer den Pharmastandort stärken wolle, könne nicht gleichzeitig die Bedingungen für Innovation verschlechtern, erklärte der vfa mit Blick auf die Einsparungen durch das Beitragssatzstabilisierungsgesetz. Zusätzliche Abschläge oder Rabattverträge müssten rückabgewickelt werden. Der vfa begrüßte zugleich die Fortsetzung des Pharmadialogs mit der Bundesregierung, der Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Standortbedingungen erarbeiten soll. Die Bundesregierung will noch in diesem Jahr eine Pharma- und Medizintechnikstrategie vorlegen. *HK*

**Zweitmeinung**

## Linksherz-Katheter aufgenommen

Gesetzlich Krankenversicherter können voraussichtlich ab 1. April 2027 eine zweite ärztliche Meinung einholen, wenn ihnen eine transarterielle Linksherz-Katheteruntersuchung empfohlen wird. Das hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) beschlossen. Außerdem können sich mehr Ärztinnen und Ärzte am Zweitmeinungsverfahren beteiligen. Sie müssen weiterhin die vom G-BA festgelegten Anforderungen an die eingriffsspezifische Qualifikation erfüllen, aber nicht mehr über eine eigene Weiterbildungsbefugnis verfügen. Hintergrund der Neuaufnahme der Katheteruntersuchung ist die überdurchschnittlich hohe Zahl an Eingriffen. *HK*

**RA** VOR  
50 JAHREN